

## Die Überalterung der Professorenschaft an den Universitäten in Bayern

Probleme und Chancen für die Universitäten  
Herausforderung für Hochschulpolitik und Hochschulplanung

Ewald Berning

Die Vorausschätzung der quantitativen Entwicklungen der Bildungsnachfrage und des dafür erforderlichen ausbildenden Personals (Lehrer, Ausbilder, Professoren und Dozenten) gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Bildungsplanung. Solche Prognosen sind äußerst schwierig, da sie eine Fülle von quantitativen und qualitativen Faktoren berücksichtigen müssen. Nur ein Teil davon ist mit ausreichender Genauigkeit und genügend lagen im voraus erkennbar. Es kommt hinzu, daß Bildungspolitik und -verwaltung die Vorhersagen oft nur unzulänglich umsetzen, weil sie politischen und wirtschaftlich-finanziellen Rahmenbedingungen unterliegen, die einer sinnvollen und notwendigen Bildungsentwicklung nicht selten im Wege stehen.

Der überaus hohe Ersatzbedarf an Professoren an den Universitäten in Bayern in den nächsten 15 Jahren zeigt schlaglichtartig, wie schwierig eine vorausschauende staatliche Personalplanung ist, weil sie nicht nur eine bloße Bedarfsberechnung sein kann, sondern in Zyklen und Wellenbewegungen in der Bevölkerungsentwicklung, der Wirtschaft und demzufolge im Bildungswesen eingebunden ist.

Eine effiziente Hochschulplanung kann weder zentralistisch noch ausschließlich aus der Perspektive der Hochschulen geleistet werden. Notwendig ist ein Zusammenspiel von Hochschulen, Bildungsverwaltung und Hochschulforschung/Hochschulplanung.

Bis zum Jahr 2011 scheiden 80 % aller Professoren an den Universitäten in Bayern aus Altersgründen aus dem Dienst. Innerhalb der nächsten 15 Jahre verlassen mehr als doppelt so viele Professoren die Universitäten, als dies bei einer gleichmäßigen Alterspyramide und einem als Ideal angesehenen jährlichen Ersatzbedarf von etwa 4 % der Fall wäre. In demographischen Termini: Der Altersaufbau der Professoren an den Universitäten ist - vor allem als Folge des starken Ausbaus des Hochschulwesens in den Jahren 1965 bis 1980 - extrem verzerrt. Die sehr hohe Zahl von Berufungen relativ junger Professoren in der Phase der Expansion und der Neugründung der Universitäten führte bis Anfang der 90er Jahre zu einer Blockierung von Professorenstellen und zur Abwanderung junger Wissenschaftler, die keine Aussicht auf eine Professorenlaufbahn hatten.

Gegenwärtig beginnt die Phase des überproportional hohen Ausscheidens von Professoren aus Altersgründen. Ein ausreichendes Reservoir von habilitierten oder vergleichbar qualifizierten jüngeren Wissenschaftlern (die nach ihrer Habilitation ja gar nicht mehr jung sind) steht in den meisten Fächern nicht zur Verfügung; sie sind wegen der schlechten Berufungsaussichten in den vergangenen 15 Jahren längst abgewandert.

Diese Situation bricht nicht schicksalhaft über die Universitäten herein: Der Wissenschaftsrat hat im Jahr 1988 in seinen Empfehlungen zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren ausführlich dazu Stellung genommen.<sup>1</sup> Seit vielen Jahren hätten die entsprechenden Zahlen zur Altersentwicklung der Professorenschaft Anlaß sein dazu können, wenigstens mittelfristig dem absehbaren überproportional hohen Professorenbedarf vorzubeugen: durch Qualifizierungsprogramme für junge Wissenschaftler; durch Maßnahmen, um hochqualifizierte Wissenschaftler auch in Zeiten hoher Personalbestände und geringen Ersatzbedarfs in den Universitäten zu halten; durch Veränderungen im starren Beamten-, Haushalts- und Organisationsrecht für die Universitäten; durch Vorhalten von Haushaltspolstern für Zeiten, in denen wenige freiwerdende Stellen mit einem Überangebot an Nachwuchs oder in denen viele freie Stellen mit einem Nachwuchsmangel zusammentreffen.

Bund und Länder haben zwar in den letzten Jahren versucht, durch Überlast- und Sonderprogramme (etwa das Fiebiger-Programm und die Hochschul-Sonderprogramme I u. II) die ärgsten Folgen der quantitativen Fehlentwicklungen im Personalbereich zu mildern. Jedoch konnte dadurch das

---

<sup>1</sup> Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu den Perspektiven der Hochschulen in den 90er Jahren. Köln 1988, hier S. 200 ff..

grundsätzliche Problem einer langfristigen Abstimmung zwischen der Bildungsnachfrage, dem daraus folgendem Personalbedarf und den staatlichen Ressourcen auch nicht ansatzweise angegangen werden.

Aus diesem nur kurz skizzierten Befund ergeben sich für die Universitäten, für die Bildungspolitik und -verwaltung, aber auch für die Hochschulforschung als Instrument der Politikberatung u. a. folgende Fragen:

- Hat die Bildungsforschung möglicherweise versagt, indem sie es unterließ, frühzeitig auf die Folgen des personellen Ausbaus der Universitäten hinzuweisen?
- Warum haben die Universitäten und die Bildungspolitik und -verwaltung die demographischen Daten zum Altersaufbau des Universitätspersonals, die ja seit vielen Jahren bekannt und fortschreibbar sind, nicht - wenigstens mittelfristig - für eine strategische Personalplanung genutzt?
- Ist die zwangsweise rapide Verjüngung der Professorenschaft nur eine Katastrophe? Oder ist sie nicht auch eine Chance für Universitäten und Fakultäten, ihr künftiges Profil in Forschung und Lehre neu zu bestimmen?
- Welche konkreten Schritte sind notwendig und welche werden schon getan, um die Schwierigkeiten wenigstens zu mildern und sie konstruktiv und zukunftsfruchtig zu nutzen?

Diesen teils grundsätzlich-theoretischen, teils pragmatisch zu behandelnden Fragestellungen gehen die folgenden Überlegungen nach.

## **1 Die Situation in Bayern**

### **1.1 Aus Altersgründen ausscheidende Professoren**

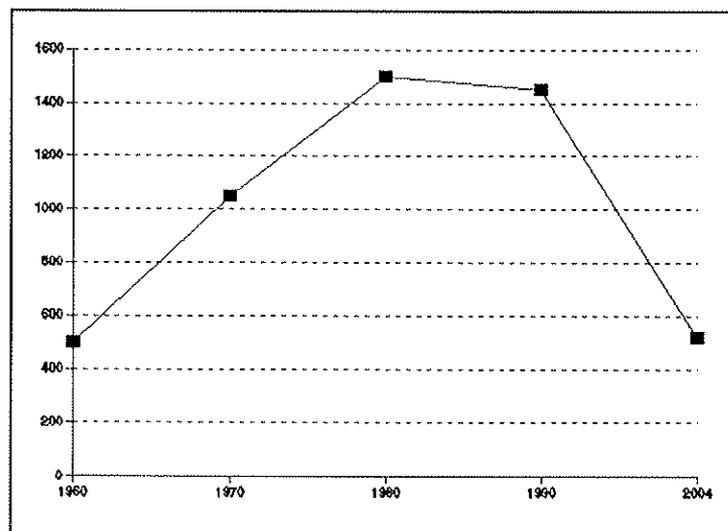
Die Datengrundlage: Die folgenden Aussagen über die Zahlen und Zahlenbewegungen in der bayerischen Professorenschaft beruhen auf dem Datenbestand der Landesbesoldungsstelle. Der Erfassungszeitpunkt der hier ausgewählten Daten ist Ende 1991. Die vier anonym ausgewerteten Merkmale Alter, Universität, Fach und Besoldungsgruppe erlauben es, ein genügend differenziertes Bild über das Ausscheiden der Universitätsprofessoren aus Altersgründen und den dadurch anfallenden Ersatzbedarf zu zeichnen. In wenigen Einzelfällen ordnet die Besoldungssystematik Personen anderen

Universittseinheiten zu als nach der Fächer- oder Fakulttssystematik (z. B. ein Biologe in der Medizin, ein Sozialwissenschaftler in einer technischen Fakultät). Dies verschiebt aber das Bild auf Universitäts- oder Fachebene nur marginal.

Im November standen 2.853 Professoren im Dienst der bayerischen Universitäten (ohne die Universität Eichstätt und die Universität der Bundeswehr Neubiberg). Die Hälfte von ihnen (1.437) waren Lehrstuhlinhaber (C-4-Professoren, 899 gehörten der Besoldungsgruppe C-3 an, 517 der Besoldungsgruppe C-2.<sup>1</sup>

Vor etwa 30 Jahren begann die Ausweitung der Professorenschaft. 1960 gab es ca. 400 Lehrstuhlinhaber an den Universitäten in Bayern, 1980 dagegen ca. 1.500. Die Abbildung 1 zeigt, daß man von 1990 bis 2004 ebenso viele Stellen wiederbesetzen muß, wie in den zwanzig Jahren von 1960 bis 1980 neu geschaffen wurden.

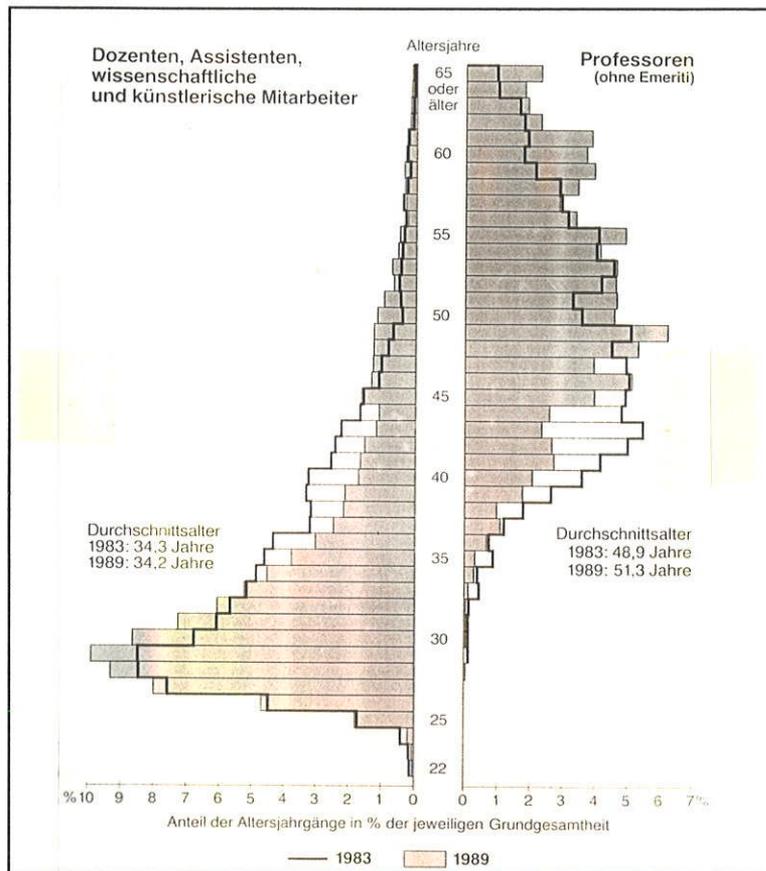
*Abb. 1: Ausbau der C-4-Stellen; Ausscheiden der Lehrstuhlinhaber an den Universitäten in Bayern*



<sup>1</sup> Die Professorenstellen C-2 sind auf Grund einer Änderung des Bayerischen Hochschullehrergesetzes seit 1991 zum groeren Teil in die Besoldungsgruppe C-3 übergeführt worden. An der Zahl der vom Ausscheiden aus Altersgründen betroffenen Personen und an den hier vorgelegten Berechnungsmodi ändert dies jedoch nichts.

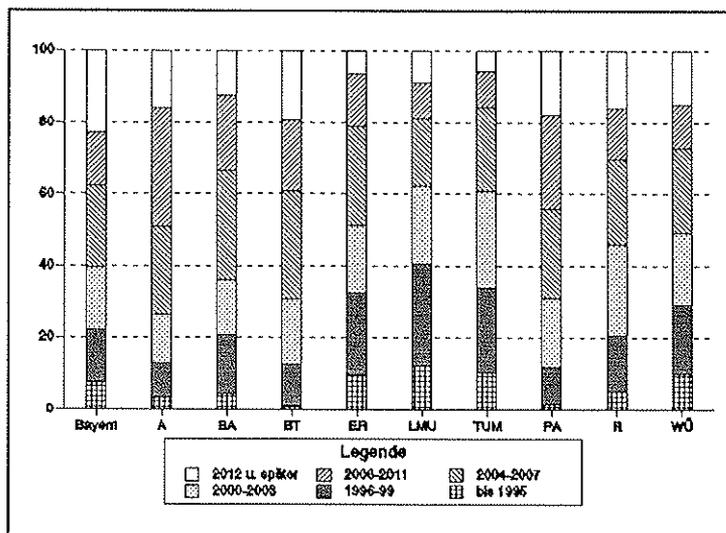
In den kommenden Jahren entsteht also ein Professorenbedarf, den man vor 30 Jahren selber vorbereitet hat. Wegen der geringen Fluktuation und der Stagnation des Stellenausbaus seit 1980 ist der Altersdurchschnitt der Professorenschaft ständig gestiegen: So hat er sich beispielsweise zwischen 1983 und 1989, von 48,9 auf 51,3 Jahre erhöht. Von einer Alterspyramide kann nicht mehr die Rede sein. Auch in der Professorenschaft gibt es den "demographisch-statistischen Bauch", der durch die Altersgruppen hindurchwandert. Gegenwärtig umfaßt er besonders die Professoren zwischen 55 und 65 Jahren.

Abb. 2: Altersstruktur des wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals in Bayern 1983 und 1989



Die Abbildung 3 zeigt, in welchen Zeiträumen die Universitätsprofessoren (aller Besoldungsgruppen) in Bayern und an den einzelnen Universitäten ausscheiden. Bis zum Jahr 2007, also in weniger als 15 Jahren, werden mehr als 60 % der Professoren die Altersgrenze erreicht haben. Nur an der Universität Passau werden weniger als die Hälfte, an der Technischen Universität München dagegen bis Ende 2007 sogar fast 80 % der Professoren ausgeschieden sein. In diesem relativ kurzen Zeitraum stehen somit ca. 2.100 Professorenstellen zur Wiederbesetzung an. Die aktuellen und zu erwartenden Studentenzahlen dürften eine Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen erforderlich machen. Scheut man sich, so weit vorauszusehen, so können auch die Zahlen für die kommenden sechs oder neun Jahre nicht beruhigen. Die alten Universitäten (München, Erlangen-Nürnberg und Würzburg) verlieren in diesem Zeitraum bis zu 40 % ihrer Professoren. Die jüngeren Universitäten sind in diesem Zeitraum zunächst weniger betroffen; zeitversetzt wird der Aderlaß sie jedoch mit ähnlicher Stärke treffen.

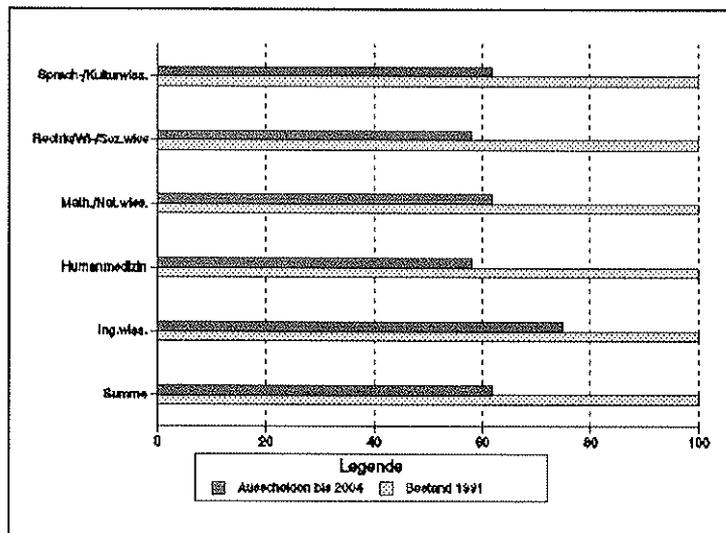
Abb. 3: Ausscheidende Professoren nach Universitäten  
(Anteile in % der jeweiligen Professorenschaft)



Betrachtet man nur die ausscheidenden Lehrstuhlinhaber, ist die Situation noch gravierender, besonders an den alten Universitäten: Die entsprechenden Anteile des Ausscheidens werden 3-5 Jahre früher erreicht als bei

Betrachtung der gesamten Professorenschaft. Für den Staat, der ja die Universitäten fast zu Gänze finanziert, entstehen durch den hohen Wechsel unter den Lehrstuhlinhabern über die Abwicklung vieler Berufungsverfahren hinaus vor allem auch enorm hohe zusätzliche Kosten: So rechnet man für die Wieder- oder Neubesetzung eines naturwissenschaftlichen oder technischen Lehrstuhls und dessen angemessene Ausstattung mit Kosten in Höhe von ca. 1,5 Mio DM, bei anderen Lehrstühlen mit mehreren Hunderttausend DM. Schon eine einfache Multiplikation der freiwerdenden Stellen mit solchen Ansätzen zeigt die finanziellen Herausforderungen, vor denen Staat und Universitäten angesichts der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Haushalte stehen werden.

Abb. 4: Ausscheidende Lehrstuhlinhaber bis zum Jahr 2004  
(Anteile nach Fächergruppen in %)

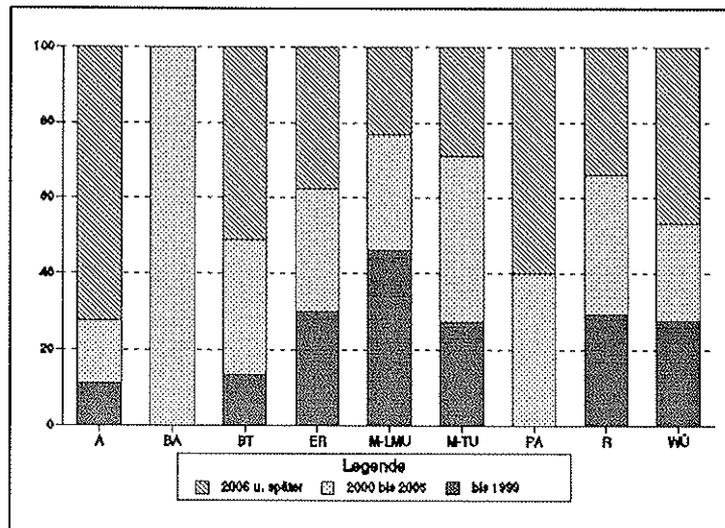


Die einzelnen Fächergruppen sind vom bevorstehenden Ausscheiden ihrer Professoren unterschiedlich stark betroffen (Abbildung 4). Nimmt man das Stichjahr 2004, so scheiden in den nächsten zehn Jahren in den Ingenieurwissenschaften 78 % aller Lehrstuhlinhaber aus, in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in der Medizin dagegen "nur" 59 %. Dies führt zu einem besonders hohen Ersatzbedarf an der Technischen Universität München. Das Fehlen der technischen Fächer an den Neugrün-

dungen und ihr Aufbau erst in den 70er und 80er Jahren lassen diese noch eine etwas längere "Schonfrist" genießen.

Für jede einzelne Fächergruppe, ja für jedes Fach, läßt sich nach Universitäten getrennt ein Befund in etwa gleichen Dimensionen aufzeigen. Die Abbildung 5 bietet dafür ein Beispiel:

*Abb. 5: Ausscheidende Lehrstuhlinhaber in den Naturwissenschaften (Anteile in %)*



Die Universitäten Bamberg und Passau sind in dieser Abbildung untypisch, weil es an ihnen praktisch keine Naturwissenschaftler gibt, es sei denn in Lehramtstudiengängen. Hier hat die Besoldungssystematik anders als die Fächersystematik zugeordnet. Es besteht aber auch hier die Gewißheit: An den alten Universitäten werden in den kommenden 10 bis 12 Jahren bis zu 80 % der C-4-Professoren aus den Naturwissenschaften in den Ruhestand gehen, an den jüngeren Universitäten wie Bayreuth und Regensburg immerhin noch zwischen 50 % und 65 %.

Zur Vereinfachung der Übersicht sind die wichtigsten Zahlen noch einmal in der folgenden Tabelle zusammengefaßt:

Tabelle: *Aus Altersgründen ausscheidende Universitätsprofessoren in Bayern*

Bestand 1991 <sup>1</sup>	Ausscheiden aus Altersgründen						Summen
	bis 1995	'96-99	2000-'03	'04-'07	'08-'11	nach 2011	
C-4: 1.437							
C-3/C-2: 1.416							
Summe: 2.853							
Sprach-/ C-4	28	105	92	110	57	39	431
Kultur- C-2/C-3	17	22	32	56	51	107	286
Rechts-/ C-4	12	49	57	74	48	47	287
Wi-/Soz. C-2/C-3	4	5	12	24	23	28	96
Mathem./ C-4	26	71	79	84	55	48	363
Nat.wiss. C-2/C-3	28	47	73	98	74	164	474
Medizin C-4	24	32	30	44	29	24	186
C-2/C-3	35	36	56	77	64	163	360
Ing.wiss. C-4	11	28	33	18	11	3	104
C-2/C-3	5	18	15	15	7	6	57
Summen C-4	101	285	291	330	200	161	--
C-2/C-3	89	128	188	270	219	468	--

<sup>1</sup> Die Umwandlung von etwa zwei Dritteln der C-2-Stellen nach C-3 seit 1991 ist hier nicht berücksichtigt.

Auf die Universitäten und auf den Staat kommen mit diesen personellen Umwälzungen enorme Belastungen zu. Es fragt sich, wie sie angesichts der gegenwärtigen finanziellen Lage der Staatshaushalte und des Bedarfs an hochqualifiziertem wissenschaftlichem Nachwuchs überhaupt bewältigt werden können.

## 1.2 Habilitationen in Bayern

Das Reservoir für die Besetzung von Professorenstellen sind, neben schon im Amt befindlichen Professoren, die wegberufen werden können, in der Regel die habilitierten Nachwuchswissenschaftler. Die Problematik, daß die meisten von ihnen bei Erreichen ihrer Habilitation gegen 40 Jahre, also schon gar keine "jungen Nachwuchskräfte" mehr sind, sei hier außer acht gelassen.<sup>1</sup> Hier geht es nur um die Größe des Reservoirs zur Befriedigung des Ersatzbedarfs an Professoren.

Die Entwicklung auf dem "Arbeitsmarkt Hochschule", der in den letzten 15 Jahren immer weniger Wissenschaftlern eine Professorenlaufbahn eröffnet hat, kehrt sich gegenwärtig um. Der jährliche Bedarf an Professoren (bis 1990 mit ca. 1,7 % jährlich unter dem o.g. Idealbedarf von 4 %) wird sich, wie der vorhergehende Abschnitt deutlich machte, sprunghaft erhöhen. Für gute Absolventen einiger Fächergruppen sind die Berufs- und Einkommensperspektiven außerhalb der Universitäten (immer) noch so günstig, daß die Hochschulen die meisten ihrer qualifiziertesten Absolventen zur Vorbereitung auf eine Hochschullehrerlaufbahn nicht halten können. Dies trifft vor allem für die Fächer Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Informatik und einige sonstige naturwissenschaftliche und ingenieurwissenschaftliche Fächer zu und verschärft zusätzlich den kommenden Professorenmangel. Schon die Anfangsgehälter für Top-Wissenschaftler in der Wirtschaft liegen weit über dem, was eine Universität einem Nachwuchswissenschaftler mit einer Stelle, auf der er sich habilitieren kann, anzubieten in der Lage ist. Die Konkurrenz von Wirtschaft und Wissenschaft um qualifizierte Absolventen verringert die Zahl potentieller Professoren.

Trotz des Ausbaus der Hochschulen und trotz der Zunahme von Studenten- und Professorenzahlen, ist die durchschnittliche Anzahl der Habilitationen über viele Jahre hinweg mit ca. 1.000 pro Jahr in der (alten) Bundesrepublik und mit zwischen 190 und 220 Fällen jährlich in Bayern nahezu konstant geblieben. Dies muß einigermaßen verblüffen, wenn man bedenkt, daß steigende Professorenzahlen in spätestens 20 bis 25 Jahren auch einen erhöhten Ersatzbedarf nach sich ziehen. Bis vor wenigen Jahren hat sich aber niemand deswegen besorgt gezeigt. Im Gegenteil: Man hatte alle Hände voll zu tun, wegen der langfristigen Blockierung von Professoren-

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu: Bayern in Zahlen 1993. - Zur Problematik der Habilitationen und des hohen Alters der Habilitierten hat sich jüngst der Vorsitzende des Wissenschaftsrates kritisch geäußert; s.a. Ulich, D.: Vom Prüfungsritual zum Karriereschritt. Überlegungen zu einer Reform der Habilitation. Vortrag auf der öffentlichen Veranstaltung "Hochschulkarrieren im internationalen Vergleich", Univ. Augsburg am 27.5.1993.

stellen überhaupt noch einigen Nachwuchskräften das Verbleiben in den Universitäten über Sonderprogramme zu ermöglichen. Die Universitäten sehen die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zwar als eine wichtige Aufgabe an, haben aber keine langfristige Planung für die Rekrutierung. Zudem fehlen ihnen in Jahren einer engen Stellensituation die Möglichkeiten, Nachwuchswissenschaftler flexibel und gleichsam "auf Vorrat" für Zeiten des Mangels auszubilden und auch zu halten.

Hält man den Zahlen der in den nächsten 10 bis 15 Jahren ausscheidenden Professoren die der Habilitierten als potentielle Nachfolger gegenüber, zeigt sich, daß der Ersatzbedarf schon zahlenmäßig nicht befriedigt werden kann. Eine bloße Gegenüberstellung der Zahlen ginge dabei sogar noch an den eigentlichen Schwierigkeiten vorbei:

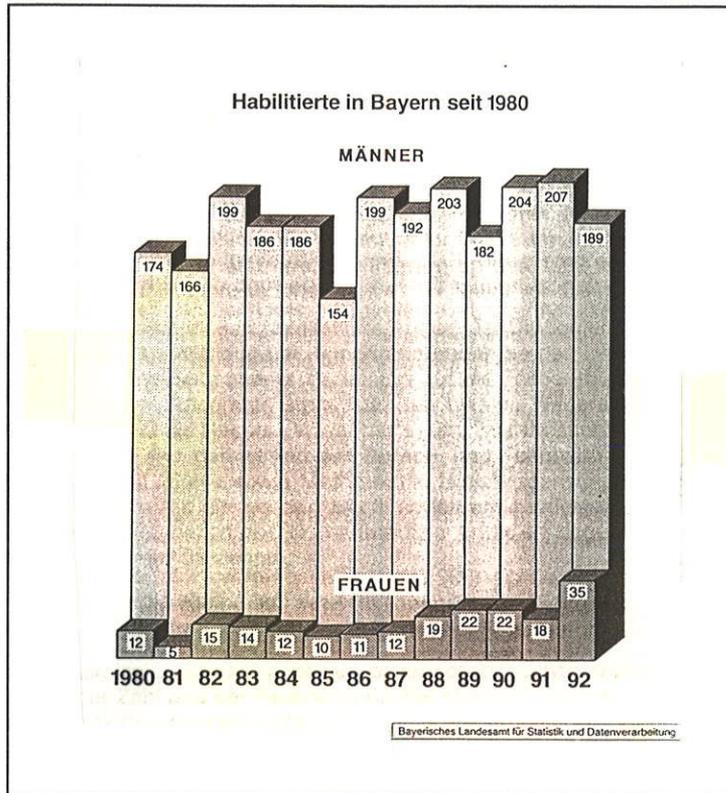
- Das Reservoir an Habilitierten läßt sich nicht präzise bestimmen, da es keine verläßlichen Erkenntnisse über deren Karrierewege gibt. Man weiß nicht, wie lange Habilitierte für freiwerdende Professorenstellen zur Verfügung stehen, wie lange ihre "Park-Zeit" ist, aus der heraus sie berufen werden könnten.
- In den Ingenieurwissenschaften werden die künftigen Professoren in der Regel aus der beruflichen Praxis berufen. Eine Habilitation ist eher die Ausnahme.
- Die "Rückkehrwilligkeit" - und dies gilt auch für Habilitierte, die eine gute Anstellung außerhalb der Hochschulen gefunden haben - hängt überdies von Faktoren ab, auf die die Universitäten keinen Einfluß nehmen können. Ihre Angebote sind meistens nicht so attraktiv, daß die besten Wissenschaftler, die man für Professorenstellen gewinnen möchte, einen Ruf auch wirklich annehmen. Je enger der staatliche Finanzrahmen ist, um so enger werden auch die Gestaltungs- und Verhandlungsspielräume der Universitäten.
- Wegen der Berufungspraxis über die Landes- und Staatsgrenzen hinweg steht das bayerische Reservoir natürlich nur zum Teil für die bayerischen Universitäten zur Verfügung. Für Modellrechnungen darf man allerdings annehmen, daß Export und Import an Professorennachwuchs sich in etwa die Waage halten.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Schindler, G.: Besetzung der C-4-Stellen an bayerischen Universitäten 1972-1982. Bayerische Hochschulforschung Monographien: Neue Folge Bd. 4, München 1988.

- Um eine angemessene Auswahl von habilitierten Bewerbern in den Berufungsverfahren zu gewährleisten, ist ein Überangebot für den Ersatzbedarf erforderlich; d.h. für jede freiwerdende Stelle braucht man rechnerisch mindestens zwei bis drei Bewerber. Hat ein Bewerber anderswo schon eine Professorenstelle inne, hinterläßt er seinerseits eine Lücke, die zu füllen ist und das Reservoir belastet.

Abb. 6: Habilitierte in Bayern seit 1980



Die 224 Habilitierten in Bayern im Jahr 1992 kamen aus folgenden Fächergruppen:

- Sprach- und Kulturwissenschaften 51;
- Rechts-/Wirtschafts-/Sozialwissenschaften 12;
- Mathematik/Naturwissenschaften 54;
- Medizin 89;
- Agrar-/Forst-/Ernährungswissenschaften 11;
- Ingenieurwissenschaften 3;
- Kunst/Kunstwissenschaften 4.

Der größere Teil der Habilitationen in der Medizin dient erfahrungsgemäß nicht der Vorbereitung auf eine Professorenlaufbahn. Andererseits weisen die nur vereinzelt Habilitationen in den Ingenieurwissenschaften auf die dort ganz anderen Zugangswege für eine akademische Karriere hin. Das heißt, daß man für Bayern mit einer jährlichen Anzahl von höchstens 200 Habilitierten in allen Fächern rechnen kann, die potentiell für eine Professorenstelle in Frage kämen. Dies, mit dem Ersatzbedarf verglichen, macht die Schwierigkeiten deutlich, in die die Universitäten durch die große Menge künftig freiwerdender Professorenstellen zu geraten drohen.

### 1.3 Der größere bildungspolitische Zusammenhang

Der unausweichliche Professorenmangel an den bayerischen Universitäten steht in einem größeren Zusammenhang bildungs- und forschungspolitischer Tatsachen. Er darf nicht isoliert von den Rahmenbedingungen gesehen werden, denen das Hochschulwesen überhaupt unterworfen ist. Nur so sind die Entwicklungen der vergangenen 30 Jahre verständlich; nur so kann man bildungspolitische Weichenstellungen erkennen sowie Ursachen und Verantwortung für die heutige Situation analysieren.

Die Krise der Universitäten heute ist nicht vom Himmel gefallen, und sie trifft die Hochschulen nicht wie ein unausweichliches Schicksal. Sie hat ihre Wurzeln vielmehr in der bewußten Ausweitung des Bildungswesen in der Bundesrepublik in den 60er und 70er Jahren. Angestoßen vor allem durch Georg Picht<sup>1</sup> erhielt der Ausbau des Bildungswesens auf allen Ebenen höchste politische Priorität. Dafür gab es unterschiedliche Gründe:

- Verschiebungen auf den Arbeitsmärkten, auf denen relativ einfache

---

<sup>1</sup> Vgl. Picht, G.: Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten 1965.

Tätigkeiten zunehmend von solchen mit höheren Anforderungen an die allgemeine und berufliche Ausbildung abgelöst wurden.

- Die Notwendigkeit der Erhaltung und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Ausweitung des Potentials an hochqualifizierten Arbeitskräften.
- Eine Regionalisierung des Bildungswesens zugunsten bisher strukturschwacher Räume; Gründung von Hochschuleinrichtungen aus dezidiert regionalpolitischen Gründen.
- Die Verstärkung des Bewußtseins in der Bevölkerung, daß eine möglichst gute Bildung und Ausbildung die beste Investition für die Zukunft sei. Dieses Bewußtsein bildeten besonders auch Eltern mit Blick auf ihre Kinder aus ("Die sollen es einmal besser haben als wir."). Bildung wurde als "Bürgerrecht" interpretiert (R. Dahrendorf).

Die wachsende Bildungsbeteiligung im höheren Schulwesen führte zwangsläufig zu einem Ausbau auch der Hochschulen. Einerseits bestand dieser im Ausbau der Kapazitäten in der Lehre, die der steigenden Nachfrage gerecht werden mußte. Zum anderen wurde quantitativ und qualitativ in bisher unbekanntem Maße in die Forschung und das dort erforderliche Forschungspersonal investiert. Dies wurde durch neue und als zukunftssträftig angesehene Forschungsgebiete begründet (etwa die Kernforschung), aber auch das hohe Image einzelner Forscher und Forschungsmoden, "um die herum" ganze Institute mit großem Kosten- und Personalaufwand aufgebaut wurden. Darüberhinaus hatten Neugründungen von Hochschulen ein solches regionalpolitisches Gewicht, daß man die Ungewißheit, ob sie ihre Ausbauziele jemals würden erreichen können, über viele Jahre hinweg in Kauf nahm. Schließlich öffneten Strukturentscheidungen wie die Eingliederung der verschiedenen Höheren Fachschulen als Fachhochschulen in den Hochschulbereich seit 1971 bisher hochschulfernen Bevölkerungsschichten den Weg zu einem Studium. Die durchweg hervorragend gute wirtschaftliche und die politische Stabilität in der Bundesrepublik in den 70er und beginnenden 80er Jahren verführte dazu, entscheidende politische und planerische Fragen erst gar nicht zu stellen: "Wie wird man die gewaltige Expansion des Bildungswesens längerfristig verkraften können? Kann man die Ressourcen, die beim Ausbau zu Verfügung standen, auch weiterhin garantieren? Welche Anforderungszyklen (Personen, Finanzierung, Strukturen) hat man in Gang gesetzt, und wie wird man sie in den nächsten Jahrzehnten steuern können?"

Die aktuellen Auswirkungen der Bildungsexpansion auf die Universitäten sind hinlänglich bekannt:

- Die Universitäten sind überlastet; ihre Einrichtungen (Bibliotheken, Labors, Geräte) verlieren ihre Leistungsfähigkeit; die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung schmälert auch die Sachmittelleistungen der Hochschulen.
- Um die steigenden Studentenzahlen bewältigen zu können, wurden die Zahlen der Professoren an den bestehenden Universitäten ausgeweitet und neue Universitäten gegründet. Trotz eines etwa vierfachen Anstiegs der Professorenstellen bis 1980 hat der Personalbestand mit dem - noch stärkeren - Zustrom an Studenten dennoch nicht Schritt gehalten.
- Der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten an der gleichaltrigen Bevölkerung war in Bayern als einem Flächenstaat in der Vergangenheit immer geringer als in anderen Bundesländern, vor allem den Stadtstaaten. Es ist nicht zu erwarten, daß gerade bayerische Eltern den von der KMK schon länger prognostizierten Rückgang der Hochschulzugangsberechtigten anführen werden. Bayern hat noch einen Nachholbedarf, und solange Eltern und Schüler ein Hochschulstudium für eine wesentliche und unverzichtbare Lebens- und Erwerbsgrundlage halten, wird das Studium nicht an Attraktivität verlieren, in Teilbereichen eher noch hinzugewinnen. Dies muß bedacht werden, wenn Hochschulen das Recht fordern, den Zugang ihrer Studenten selber regeln zu wollen. Welche Mengen an Bewerbern würden dann abgewiesen? Welche Alternativen könnte man ihnen bieten?

Schon diese wenigen Tatsachen machen klar, daß auch die quantitativen Umwälzungen in der Professorenschaft an den Universitäten sinnvoll nur bewältigt werden können, wenn dies im größeren Zusammenhang mit einer unbedingt erforderlichen allgemeinen Strukturreform der Hochschulen, der Universitäten, des Studiums und der möglichen Alternativen zu einem Hochschulstudium erfolgt. Damit wird nicht einem völlig neuen Entwurf des Hochschulwesens das Wort geredet; solche ganzheitlichen Vorstellungen sind fast immer an den Begrenzungen der Wirklichkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gescheitert. Betrachtete man aber einen Teilbereich der krisenhaften Entwicklung der Universitäten, wie etwa die hohen Zahlen der ausscheidenden Professoren, den erforderlichen Ersatzbedarf und das zu kleine Reservoir an Nachwuchskräften nur isoliert, würde man das eigentliche Problem verkennen: Was für ein Bildungs- und Universitätssystem

kann und will unsere Gesellschaft sich leisten? Welche Elemente gehören zu einer zukunftsorientierten Hochschulpolitik, die in übergreifenden Zusammenhängen denkt und längerfristige Entwicklungen und Zyklen einbezieht? Welche Alternativen stehen den jungen Menschen zur Verfügung, wenn man der Meinung ist, die Universitäten seien quantitativ aus den Fugen geraten?

## 2 Analysen und Empfehlungen der Hochschulplanung

### 2.1 Arbeiten im Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung

Bildungspolitik und Bildungsverwaltung bedürfen in einer komplexen Gesellschaft der Unterstützung durch die Bildungsforschung und von ihr entwickelte Steuerungsinstrumente. Aus diesem Grund wurde im Jahr 1972 das Bayerische Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung im Zentrum für Bildungsforschung errichtet.<sup>1</sup> Die "Erforschung und Analyse der bestehenden Verhältnisse und der Entwicklungstendenzen im Hochschulbereich" in Bayern sowie die "Unterstützung des Staatsministeriums ... bei der Aufstellung des Hochschulgesamtplans und der Hochschulen bei der Aufstellung der Entwicklungspläne" zählen zu den vorrangigen Aufgaben des Staatsinstituts.<sup>2</sup>

Das Staatsinstitut war von Anfang an auftragsgemäß an der Hochschulplanung in Bayern beteiligt. Die Personalplanung wurde dabei vor allem von L. von Harnier verfolgt, der in vielen internen Druckschriften zu Händen des Ministeriums und in einer Reihe von Publikationen der Frage des gegenwärtigen Staus und des künftig überproportional hohen Bedarfs an wissenschaftlichem Personal nachgegangen ist.<sup>3</sup> Dabei wurde frühzeitig

---

<sup>1</sup> Die Bezeichnungen der anderen Institute: Staatsinstitut für Frühpädagogik (die Abteilung für Familienforschung wurde Ende 1993 ausgegliedert); Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (das frühere Staatsinstitut für Bildungsforschung wurde 1983 aufgelöst, das Staatsinstitut für Schulpädagogik um eine entsprechende Abteilung erweitert).

<sup>2</sup> Vgl. § 2 der Verordnung zur Errichtung des Bayerischen Staatsinstituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung vom 18. Dezember 1972.

<sup>3</sup> Harnier, L. v.: Berufssituation der wissenschaftlichen Assistenten in Bayern. Bayerische Hochschulforschung Materialien Bd. 26, München 1980; ders.: Die Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses der naturwissenschaftlichen und technischen Fächer in Bayern. Bayerische Hochschulforschung Monographien: Neue Folge Bd. 6, München 1983; ders.: Perspektiven für die Beschäftigung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den

erkennbar, daß die Berufschancen für junge Wissenschaftler in den Universitäten nach einer langen Durststrecke in den 80er Jahren mit Beginn der 90er Jahre wieder steigen und dann außerordentlich gut sein würden. Hier wurde also bereits vor vielen Jahren die gegenwärtige Situation angesprochen.

Der Bayerische Hochschulgesamtplan, erstmalig im Jahr 1977 aufgestellt und seitdem mehrfach fortgeschrieben, dient den bildungs- und haushaltspolitischen Entscheidungen des Bayerischen Landtags und deren Vollzug in Ministerien und Hochschulen als Grundlage und Perspektive. Das Staatsinstitut hat vor allem die Datengrundlagen dafür aufbereitet. Zur Thematik des wissenschaftlichen Personals an den Universitäten enthält die Fortschreibung von 1992 ein grundsätzliches Kapitel über die Personalplanung und den Personalbedarf sowie einen Abschnitt über die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.<sup>1</sup> Auf die aktuelle Fragestellung und das in diesem Aufsatz behandelte Thema der hohen Fluktuation in der Professorenenschaft an den Universitäten geht der Hochschulgesamtplan in seinem Personalkapitel nicht und im Zusammenhang mit der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses nur am Rande ein. Das ist zunächst auch nicht verwunderlich, da die Planungsansätze und Berechnungen vorrangig unter dem Aspekt des immer noch nicht abgeschlossenen Ausbaus der Universitäten mit Studienplätzen und entsprechendem Personal aufgestellt wurden. Von daher sind die Stellenbedarfsberechnungen und der noch erforderliche Stellenzuwachs für die nächsten Jahre notwendig. Man darf aber wohl fragen, ob angesichts der jüngeren Entwicklungen im Hochschulbereich hier nicht eine Gelegenheit ausgelassen wurde, die Planung stärker konzeptionell auszurichten und beispielsweise den steigenden Professorenbedarf dabei zum Ausgangspunkt vernetzter Überlegungen zum künftigen Weg der Hochschulen in Bayern zu machen.

## **2.2 Initiativen des Beirats für Wissenschafts- und Hochschulfragen.**

Der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst hat einen Beirat für Wissenschafts- und Hochschulfragen. Er ist ein unabhängiges Beratungsgremium; seine Mitglieder kommen überwiegend aus den Hochschulen in Bayern, aber auch aus der Wirtschaft oder aus anderen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen. Der Leiter des Staats-

---

bayerischen Universitäten. Bayerische Hochschulforschung Monographien: Neue Folge Bd. 11, München 1985.

<sup>1</sup> Bayerischer Hochschulgesamtplan, 1992, S. 159-166; 235-240.

instituts für Hochschulforschung und Hochschulplanung ist ständiger Gast im Beirat; ein wiss. Referent des Staatsinstituts arbeitet in dessen Sekretariat mit. Der Beirat berät den Staatsminister in Angelegenheiten, bei denen dieser sich über die vorhandene Fachkompetenz im eigenen Ministerium hinaus der Unterstützung weiterer Fachleute versichern will.

Der Beirat hat bisher dreimal zu Fragen der Personalpolitik an den Universitäten gutachterlich Stellung genommen. Im März 1980 (damals hieß er noch Bayerische Hochschulplanungskommission) legte er "Empfehlungen zur Personalpolitik an den Universitäten" vor.<sup>1</sup> Sie enthielten Berechnungsmodelle, die schon Phasen des Professorenstaus vorhersahen und Maßnahmen vorschlugen, wie sie später im Bayerischen Nachwuchswissenschaftler-Programm, dem sog. Fiebiger-Programm, umgesetzt wurden. - Im August 1983 folgten "Empfehlungen zur Besetzung von Stellen für Professoren".<sup>2</sup> Sie gingen ausdrücklich auf die wissenschaftlichen Herausforderungen ein, die mit dem Freiwerden von Professorenstellen entstehen. Die Neu- oder Wiederbesetzung einer Professorenstelle wurde nicht als Zahlenspiel behandelt, sondern als Chance, "neu entwickelte Wissenschaftsgebiete oder Forschungsrichtungen in einer Universität zu etablieren (und) vernachlässigte Gebiete wieder zu beleben (und) Schwerpunkte zu bilden oder zu verlagern." Der Beirat kritisierte die häufige Praxis der Universitäten, "freiwerdende Stellen mit unveränderter Ausrichtung wieder zu besetzen" und interpretierte ein solches Vorgehen als eine unzulängliche Wahrnehmung des Mitwirkungsrechtes der Universitäten bei der Stellenbesetzung und als Vernachlässigung der Vorgabe im Bayerischen Hochschulgesetz, die eine fallweise Prüfung für jede Stellenbesetzung vorschreibt (heute durch Art. 56 Abs. 2 Bay HSchG geregelt). Darüber hinaus empfahl der Beirat, daß die Universitäten mittelfristige Konzeptionen im Sinn von Strukturvorschlägen für ihre wissenschaftliche Entwicklung erarbeiten und sie mit dem Ministerium sowie mit externen Gutachtern abstimmen sollten. Die Empfehlungen schlugen weiterhin detaillierte Arbeitsschritte für Berufungsverfahren vor, durch die eine sachlich begründete und zukunftsweisende Auswahl von Forschungsgebieten und Professoren gewährleistet werden sollte.

Die Geschichte des Erfolges der Beiratsempfehlungen ist bisher nicht geschrieben: Möglicherweise gäbe sie Pessimisten und ihrem geringen Vertrauen in die Umsetzung solcher Ratschläge durch die verantwortlichen Stellen recht. Die Themen Professorennachwuchs und -mangel stehen aber

---

<sup>1</sup> Beirat für Wissenschafts- und Hochschulfragen, ehem. Bayerische Hochschulplanungskommission: Empfehlungen zur Personalpolitik an den Universitäten, München 1980.

<sup>2</sup> ders., Empfehlungen zu Besetzung von Stellen für Professoren, München 1983.

weiterhin auf der Tagesordnung.

So verabschiedete der Beirat im Mai 1993 "Empfehlungen zur fachlichen Neugestaltung der Universitäten".<sup>1</sup> Sie enthalten im Kern die Aussagen, die schon 1983 gemacht wurden. In Teilbereichen gehen sie aber weit über die früheren Empfehlungen hinaus. Anlaß sind dieses Mal nicht allgemeine Erwägungen über die Ausrichtung und das Niveau der Wissenschaften an den Universitäten, sondern das demnächst überproportional hohe Ausscheiden von Professoren als zwingender Grund für die Universitäten, sich über den Ersatzbedarf und dessen Qualität und Profil Gedanken zu machen. Dafür schlägt der Beirat ein Verfahren vor, in dem in Zusammenarbeit von Universitäten und Fakultäten, Gutachtergremien sowie dem Ministerium Konzepte für die künftige fachliche Gestaltung der Universitäten erarbeitet oder, soweit solche bei den Universitäten bereits vorliegen, diskutiert und überprüft werden sollen.

"Der Beirat empfiehlt

- eine Bestandsaufnahme der Aktivitäten in Forschung und Lehre an den Landesuniversitäten und
- eine Erhebung über die vorhandenen Strukturüberlegungen

und geht dabei davon aus, daß eine fachliche Begleitung der künftigen fachlichen Neugestaltung der Landesuniversitäten durch den Beirat nur gelingen kann, wenn die folgenden Rahmenbedingungen erfüllt sind:

1. Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst sollte grundsätzlich entscheiden, daß die künftige Gestaltung der Universitätslandschaft auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme und von Strukturplänen erfolgen sollte.
2. Die fachliche Neugestaltung erfolgt im engen Benehmen mit den Universitäten.
3. Der Beirat wird bei dieser umfangreichen Arbeit vom Ministerium unterstützt. Es schafft die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die anfallenden Aufgaben."

Der Staatsminister hat den Empfehlungen in vollem Umfang zugestimmt und entschieden, sie auch umzusetzen. Die Bestandsaufnahme zur Lage in Forschung und Lehre hat am Beispiel von zunächst drei Fächern (Chemie,

---

<sup>1</sup> Beirat für Wissenschafts- und Hochschulfragen: Empfehlungen zur fachlichen Neugestaltung der Universitäten, München 1993.

Elektrotechnik, Romanistik) bereits begonnen; die jeweiligen Fakultäten der Universitäten liefern nach einer standardisierten Anforderung die notwendigen Informationen. Diese werden Anfang 1994 Fachgutachtergruppen zugeleitet, in denen externe Fachleute und Vertreter der betroffenen Fakultäten zusammenwirken. Die Gutachter prüfen die Informationen und besprechen mit den Universitäten deren Vorstellungen zu ihrer künftigen Entwicklung. Sie leiten dem Beirat ihre Empfehlungen zur künftigen Ausgestaltung dieser (zunächst drei) Fächer zu; der Beirat legt die Empfehlungen dem Minister vor. Wenn der Minister sie akzeptiert, können sie zur verbindlichen Grundlage von Ausschreibungstexten der Universitäten für freie Professorenstellen, für Berufungsverfahren und für das Aussprechen eines Rufes durch den Minister werden.

Ein derartiges Vorgehen unter Mitarbeit der betroffenen Universitäten, von Gutachtergremien und der Bildungsverwaltung wird gerne als "niederländisches Modell" ausgegeben. In der Tat haben die Hochschulen und die staatlichen Bildungsbehörden in den Niederlanden im Laufe der letzten Jahre Verfahren der Hochschulentwicklung erarbeitet, die dem des Beirats sehr ähnlich sind.<sup>1</sup> Der Unterschied liegt in dem unbedingten Willen, ein einmal als erfolgversprechend vereinbartes Vorgehen auch stringent in die Tat umzusetzen. Der war und ist in den Niederlanden ungleich stärker vorhanden, als es bisher in Bayern erkennbar war. Die kommenden Monate werden erweisen, ob die Universitäten zusammen mit der Bildungsverwaltung, unter Assistenz von Fachleuten, wirklich den Willen aufbringen und durchhalten, die Erhaltung und Erneuerung ihres wissenschaftlichen Personals zum Nutzen von Lehre und Forschung zielstrebig zu verfolgen. Dies kann gelingen, wenn auch im zuständigen Ministerium der entschiedene gestalterische Wille dazu vorhanden ist, die anstehenden Herausforderungen gemeinsam mit den Universitäten zu bewältigen. Im Detail wird darauf zu achten sein, daß man nicht durch den Kampf um jede einzelne Stelle und deren Wieder- oder Neubesetzung die gleichen quantitativen Zyklen und Fehlentwicklungen erneut in Gang setzt, die den aktuellen Professorenmangel erzeugt haben.

---

<sup>1</sup> Vgl. u.a. van Vught, F.: *Governmental Strategies and Innovation in Higher Education*, London 1992. - Darüberhinaus zahlreiche Publikationen des Center for Higher Education Policy Studies CHEPS in Enschede, Niederlande.

### **2.3 Ein bayerisches Sonderförderungsprogramm für junge Wissenschaftler**

Zunächst unabhängig von der Arbeit des Beirats, aber im Kern doch als flankierende Maßnahme, hat das Bayerische Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst ein Förderprogramm für hochqualifizierte junge Nachwuchswissenschaftler aus den Fächern konzipiert, in denen es für die Universitäten wegen der Konkurrenzangebote aus der Wirtschaft besonders schwer ist, begabte Absolventen zu halten und zur Promotion und zur Habilitation zu führen. Dies trifft gegenwärtig vor allem für die Fächer Rechtswissenschaften, Betriebswirtschaftslehre und Informatik zu. "Das Habilitanden-Sonderförderungsprogramm soll in einer Kombination verschiedener Fördermaßnahmen einerseits persönliche Leistungen an den Habilitanden, andererseits Mittel zur Schaffung verbesserter Arbeitsbedingungen (an den Universitäten) umfassen. ... Hinsichtlich des Umfangs ist vorgesehen, in zwei Jahrgängen je 15 Habilitationsstipendien mit einer Förderungsdauer von drei Jahren zu vergeben."<sup>1</sup> Diese zunächst 30 Stipendien werden die betroffenen Fächer zwar nicht entscheidend von ihren Nachwuchssorgen entlasten; sie zeigen aber den Willen der Bayerischen Staatsregierung, mit ausreichend ausgestatteten Fördermaßnahmen, die in Anlehnung an die von der DFG verwalteten Hochschulsonderprogramme des Bundes entworfen wurden, hochbegabte junge Wissenschaftler für eine Laufbahn in den Universitäten zu gewinnen.

### **3 Zyklische Entwicklungen - eine Grunderfahrung der Menschen. Folgerungen für die Hochschulplanung**

Die angesprochenen zyklischen oder wellenartigen Bewegungen im Bildungswesen - sichtbar auch in einem Detailbereich wie dem Ausscheiden und dem Ersatzbedarf von Professoren - sind nur Beispiele dafür, daß der Mensch seine Umwelt nicht als eine einfach lineare Fortentwicklung erlebt. Die Wirklichkeit ist vielmehr gebrochen, kehrt wieder, entschwindet und steigt verwandelt wieder auf. Auch eine so rationale Tätigkeit wie die Analyse und Planung von Bildungsvorgängen sollte dies nicht übersehen. Ein abschließender Gedankengang soll dies, auch als Hommage an den Sozialwissenschaftler Professor Robert Geipel, ein wenig mehr ins Bewußtsein heben.

---

<sup>1</sup> Bulletin der Bayerischen Staatsregierung v. 18. Mai 1993, S. 14.

### 3.1 Zyklische Entwicklungen

Schon immer haben Erscheinungen und Entwicklungen, die in beständiger oder unregelmäßiger Folge und Wiederkehr zu beobachten sind, das Interesse der Menschen in besonderer Weise herausgefordert und ihren Lebensrhythmus geprägt: Astronomische Zyklen, die die Tages- und Jahresabläufe bestimmen; Wachstum, Ruhe, Sterben und Neubelebung in der Natur; die "sieben fetten und sieben mageren Jahre", alttestamentliche Symbole für Überfluß und Mangel, die das planende Anlegen von Vorräten in guten Zeiten für Perioden der Armut fordern und erklären; und viele andere zyklische Vorgänge mehr.

In deutenden Erzählungen, den Mythen, haben die Menschen seit der Vorzeit überall auf der Erde ihre Welt der stetigen Veränderung und Wiederkehr zu fassen und zu verstehen gesucht. Aus dem erzählenden religiösen Deuten entwickelten sich das Beschreiben, Verstehen, Einordnen, Voraussehen, Planen. Gegenwärtig - und dies ist auch wieder ein zyklisches Zutagetreten menschlicher Bewußtwerdung - sehen sich gerade das planende, vom Stolz der Naturwissenschaften geprägte Denken und Machen einer epochalen Kritik ausgesetzt, die die Wiederkehr eines ganzheitlichen, ökologischen Handelns einfordert.

Was haben solche kulturanthropologischen Gedanken mit dem engeren Thema der Planung und Steuerung des Personalbedarfs an Universitäten zu tun? Sie zeigen das eminente Interesse der Menschen an Gesetzmäßigkeiten, an daraus folgenden und durch sie möglichen Eingriffsmöglichkeiten in Naturvorgänge und in soziales Handeln.

Im Jahr 1985 veranstaltete das Zentrum für Bildungsforschung, der Zusammenschluß der drei bayerischen Staatsinstitute für den Vorschul-, den Schul- und den Hochschulbereich, eine gemeinsame Tagung über die "Herausforderungen der Dritten Industriellen Revolution für das Bildungswesen".<sup>1</sup> Professor Robert Geipel ging damals den Fragen der zyklischen Entwicklungen von Bevölkerung, Politik und Wirtschaft in ihren Auswirkungen auf das Bildungswesen nach. Dabei wurde deutlich, daß Bildungs- und Hochschulplanung keine schlichte lineare Planung sein kann, die auf der Basis einer möglichst reduzierten Zahl von Grunddaten Extrapolationen für eine absehbare Zukunft entwickelt. Sie ist vielmehr, wie das Bildungswesen überhaupt, in ein kompliziertes Zusammenspiel gesamtgesellschaftlicher Vorgän-

---

<sup>1</sup> Vgl. Fthenakis, W.E.; Geipel, R.; Happ, E. (Hrsg.): Das Bildungswesen in der Dritten Industriellen Revolution, München 1986.

ge - nationaler wie überstaatlicher - eingebunden.

Bildungszyklen stehen in einem engen Zusammenhang mit Wachstums- und Abschwungszyklen. Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bewegungen nehmen spontan oder gesteuert Einfluß auf die Bildungsbeteiligung, die Wahl der Ausbildungswege, die Vorbereitung auf die vermeintlichen Chancen auf den Arbeitsmärkten. Dies läßt sich schon im kleinen regionalen Rahmen etwa eines Bundeslandes<sup>1</sup> zeigen, aber auch für ganze Staaten und, wie die europäische Gegenwart beweist, kontinent- und sogar weltweit. Die Wirtschaftswissenschaften suchen seit langem nach Modellen, die das konjunkturelle Auf und Ab wirtschaftlicher Entwicklungen national und weltweit verstehen und Instrumente der Steuerung entwickeln helfen. Der russische Nationalökonom Kondratieff ist dem bereits in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts nachgegangen; der berühmte J. Schumpeter spricht später von den "Kondratieff'schen Wellen der Weltkonjunktur".<sup>2</sup>

Wirtschaftszyklen beeinflussen den Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen und letztlich die Entscheidung von Studienbewerbern für bestimmte Studienfächer. Eine Göttinger Arbeitsgruppe ist diesen Phänomenen für die akademischen Berufe in den letzten 200 Jahren nachgegangen.<sup>3</sup> Sie beschreiben fünf typische Zyklen der Überfüllung und des Mangels, die, ausgelöst durch große Wellen der Konjunkturentwicklung, jeweils eine Umorientierung der Studienbewerber in andere Bereiche nach sich zogen. In sehr viel kürzeren Abständen läßt sich dieses oszillierende Studienwahlverhalten auch gegenwärtig beobachten; es hängt bei manchen Studierenden von nur wenigen Faktoren wie den Numerus Clausus-Regelungen und den geringen Arbeitsmarktchancen für bestimmte Studiengänge ab: Lehrerstudenten wechseln in Magisterstudiengänge im gleichen Fach; früher kleine Fächer wie Philosophie und Kunstgeschichte erfahren einen rational nicht verständlichen Zulauf an Studenten; die Betriebswirtschaftslehre und die Rechtswissenschaften haben sich (oder waren es bis zu einem gewissen Grad immer schon) zu Auffangbecken für Studenten entwickelt, die in anderen Fächern keine Chancen für ein Studium und einen anschließenden Beruf

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu die frühen Arbeiten von Robert Geipel zur regionalen Bildungsforschung am Beispiel des Bundeslandes Hessen.

<sup>2</sup> Kondratieff, N.D.: Die langen Wellen der Konjunktur. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 56 (1926).

<sup>3</sup> Titze, H.: Überfüllungskrisen in akademischen Karrieren: Eine Zyklustheorie. In: Zeitschrift für Pädagogik 27 (1981) S. 187-224; Titze, H; Nath, A.; Müller-Benedict, V.: Der Lehrerkreislauf In: Zeitschrift für Pädagogik 31 (1985) S. 97-126.

sehen.

Revolutionäre technische Entwicklungen wie der Einsatz von Computern und die Umwälzungen durch die elektronische Datenverarbeitung schaffen und vernichten zugleich Arbeitsplätze. Darüberhinaus verlangen sie völlig neue Berufs- und Ausbildungsprofile und lassen traditionelle Berufe absterben.

In ihren Auswirkungen auf Schulen und Hochschulen unmittelbar faßbar sind demographische Entwicklungen, also die Zu- und Abnahme der Geburtenzahlen, aus denen die künftigen Schüler- und Studentenzahlen mehr oder minder leicht zu prognostizieren sind. Aber auch hier verkennt ein rein reaktives Verhalten von Politik und Verwaltung die komplexen Mechanismen und Einflüsse, denen die Bereitschaft der Bevölkerung, Bildungsangebote zu nutzen, unterworfen ist. Der Pflichtschulbereich läßt sich einigermaßen linear vorausberechnen; aber schon die Übertritte auf weiterführende Schulen, in die berufliche Ausbildung oder ein Hochschulstudium hängen von vielen Unwägbarkeiten ab, die eine nur quantitativ ausgerichtete Planung nicht bewältigen kann.

Brüche und Bedrohungen für Schüler/Auszubildende/Studierende und Arbeitsuchende entstehen vor allem auch dann, wenn das Bildungssystem sich vom Beschäftigungssystem abkoppelt, d. h. wenn nicht gewährleistet ist, daß der größere Teil der jungen Menschen am Ende der Ausbildung oder des Studiums auch eine möglichst adäquate Beschäftigung findet. Die Bildungspolitik der späten 60er und der 70er Jahre hat den Ausbau des Bildungswesens nach den Vorstellungen des Social-Demand-Ansatzes forciert. Unter veränderten weltweiten Bedingungen der Konjunkturen in den Industriestaaten erleben auch Akademiker die Folgen einer Bildungs- und Beschäftigungspolitik, die lange Jahre von einem Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften ausging, der nur durch die enorme Ausweitung des Bildungssystems zu befriedigen sei. Gegenwärtig kollidiert die Situation auf dem schwieriger werdenden akademischen Arbeitsmarkt mit Voraussagen etwa der Prognos-AG, daß in den kommenden 20 Jahren dennoch ein hoher zusätzlicher Bedarf an akademisch ausgebildeten Arbeitskräften entstehen wird. In den nächsten Jahren wird zu den beiden Grundansätzen zur Analyse und Steuerung der Bildungsbeteiligung (social demand approach und manpower demand approach) gewiß noch ein dritter hinzukommen, mit dem die Verteilung der überhaupt in einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden Arbeitsmenge und -qualität neu zu reflektieren sein wird.

### 3.2 Folgerungen für die Hochschulplanung

Die Sozial- und die Politikwissenschaften als handlungsorientierte Disziplinen setzen sich mit zyklischen und wellenartigen Prozessen in Gesellschaften und Staaten aus theoretischem und praktischem Interesse unter dem Aspekt der Planbarkeit und Steuerbarkeit gesellschaftlichen Verhaltens auseinander. Der Untergang der sozialistischen Staaten samt ihren Planungsbürokratien macht es nicht gerade leicht, die Theorie und Praxis steuernder Eingriffe des Staates, seiner Institutionen und einflußreicher Gruppen in gesellschaftliche Vorgänge emotionsfrei zu diskutieren. Dabei wird vergessen, daß auch in den westlichen Demokratien der Staat und gesellschaftliche Institutionen und Gruppen in den 60er und 70er Jahren sehr auf die Notwendigkeit einer verstärkten Planung und Steuerung in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Bildungswesen gesetzt haben.

Das Bayerische Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung unterstützt durch seine Arbeit einerseits die alltäglichen, oft sehr pragmatischen Bedürfnisse der Bildungsverwaltung durch Analysen, Statistiken, Gutachten und Empfehlungen für das Hochschulwesen in Bayern. Daneben nimmt es intensiv am fach- und grenzübergreifenden Dialog der Bildungsforschung und deren Anstrengungen teil, ihre Erkenntnisse, soweit dies gelingen kann, der Politik und der Bildungsverwaltung zu vermitteln.

Am Beispiel der konkreten Herausforderungen, die mit dem kommenden Professorenmangel an den Universitäten in Bayern anstehen werden, kann aus der Sicht der Hochschulplanung und -forschung zusammenfassend angemerkt werden:

Die Geschichte des Bildungswesens in der Bundesrepublik, vor allem aber das Scheitern der östlichen Planungsbürokratien, haben gezeigt, daß so komplexe Vorgänge wie die Abstimmung des Bildungswesens, der Arbeitsmärkte und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen mit zentralistischen Steuerungsinstrumenten nicht beherrscht werden können.

Der krisenhafte Zustand des deutschen Hochschulwesens ist eine deutliche Mahnung: Den Hochschulen wurden seit 1980 Leistungen abverlangt, für die ihre Ausstattung bei weitem nicht ausreichte. Darüberhinaus erkennt man heute klarer als vor 30 Jahren die Kurzsichtigkeit einer Entwicklungspolitik, die keine Vorsorge für die unvermeidlichen Phasen des Abschwungs getragen hat.

Die Hochschulen haben sich über Jahre hinweg nicht hinreichend bereit oder fähig gezeigt, ihre eigene Entwicklung planerisch in die Hand zu neh-

men, weder in Fragen der Studienreform noch des Personals, noch einer zukünftsträchtigen Entwicklung ihres wissenschaftlichen Profils. Dies führte zunächst dazu, daß sich die staatlichen Verwaltungen zunehmend steuernd und lenkend in Angelegenheiten der Hochschulen "einmischten", die von ihnen als Kernbereiche ihrer Autonomie angesehen wurden. Die staatliche Bildungsplanung ist teilweise auch durch das Versäumnis der Hochschulen forciert worden.

Die jüngsten Empfehlungen des Beirats für Wissenschafts- und Hochschulfragen oder auch die Art der Zusammenarbeit von Hochschulen und staatlichen Behörden in den Niederlanden für eine machbare und finanzierbare weitere Hochschulentwicklung weisen den einzig möglichen Weg einer effizienten Hochschulplanung: Die intensive Kooperation der Hochschulen mit der Bildungsverwaltung und mit Gutachter- und Planungsgremien, die ohne unmittelbare eigene Interessen auf der Grundlage möglichst objektiver Daten und Tatsachen Analysen und Empfehlungen für aktuelle und künftige Probleme erarbeiten. Hier müßte es mehr als in der Vergangenheit gelingen, ein kybernetisches Dreieck von Politik/Verwaltung, von betroffenen Hochschulen und von Bildungsforschung und -planung aufzubauen und funktionsfähig zu halten.

Der drohende Professorenmangel an den bayerischen Universitäten ist nicht nur ein quantitatives Problem. Es müssen qualitative Entscheidungen getroffen werden: Welche Bereiche in Forschung und Lehre, aber auch welche Hochschulen und Hochschularten, müssen auch künftig zahlenmäßig eher noch ausgebaut werden? In welchen Bereichen sind in der vergangenen Jahrzehnten Kapazitäten geschaffen worden, die heute sowohl aus der Sicht der Forschung als auch aus der des Arbeitsmarktes nicht mehr zu rechtfertigen sind? Welche Bedrohungen und Herausforderungen für unsere Gesellschaft verlangen nach neuen Arbeitsgebieten in Forschung und Lehre? Wie kann der Zusammenhang von Hochschulausbildung und Arbeitsmarkt bewahrt werden?

Solche Fragen lassen bei den künftigen Besetzungen von Professorenstellen den allzu oft gegangenen Weg des geringsten Widerstandes, d. h. der bloßen Wiederbesetzung ohne Veränderungen, nicht mehr zu. Es wird und muß in verschiedenen Bereichen in Lehre und Forschung Umwidmungen, Umschichtungen, Verlagerungen, aber auch Abbau von Lehr- und Forschungskapazität geben. Von der Sache her sollten die Universitäten und Fakultäten in der Lage sein, dies selbst zu entscheiden und Konzeptionen für ihre wissenschaftliche Zukunft zu entwickeln. Weil aber die universitäre Innenpolitik, Besitzstands- und Interessenkämpfe dies allzu leicht konterkarieren können, sind die von außen kommende Beratung und die Information über

die Bedingungen der Umsetzung solcher Konzeptionen unabdingbar.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Ewald Berning  
Bayerisches Staatsinstitut  
für Hochschulforschung und Hochschulplanung  
Arabellastr. 1  
81925 München